

Beschluss des Landrats vom 05.05.2022

Nr. 1501

33. Grosse Bäume im Siedlungsgebiet auch in Zukunft 2021/258; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Rolf Blatter (FDP) findet die Fragestellung ganz spannend. Zuallererst fällt auf, dass im Text rhetorisch einigermaßen pointiert von einer Bedrohung eines rasanten Rückgangs des Baumbestands die Rede ist, wobei Baulandparzellen immer kleiner würden. Der Votant hat, nebenbei bemerkt, noch nie eine Parzelle schrumpfen gesehen. Es ist natürlich so, dass der durchschnittliche Flächenbedarf pro Parzelle bei neuen Aufteilungen kleiner wird, weil das Schweizer Volk beschlossen hat, im Nachgang über die Abstimmung zum eidgenössischen Raumplanungs- und Baugesetz, mit dem vorhandenen Boden vernünftiger umzugehen, so dass es pro Quadratmeter Bauland eine höhere Nutzung gibt. Man sieht aber auch, dass in der nächsten Generation nicht damit gerechnet werden darf, dass neue Baulandparzellen eingezont werden. Es gibt sogar etwas zu viel Bauland und das Problem des schrumpfenden Baumbestands ist sehr theoretischer Natur. Im Postulat wird auch zur Aufwertung des Strassenraums mit Bäumen aufgefordert. Dafür ist der Votant nicht unbedingt zu haben. Auf der Strasse zwischen Aesch und Ettingen wurde mitten auf der Strasse ein Baum gepflanzt. Früher wäre man wegen solchem «Chabis» ins Gefängnis gekommen. Und in Basel-Stadt gibt es ein Baumschutzgesetz, das mittlerweile noch schlimmer ist als die Denkmalpflege. Die FDP-Fraktion hält es für völlig falsch, zugunsten von grossen Bäumen Grenz- und Baulinienabstände fixieren zu wollen. Deshalb wird das Postulat abgelehnt.

Lotti Stokar (Grüne) ist etwas erschüttert von Rolf Blatters Votum. Ihre Landratskolleginnen und Landratskollegen sind eingeladen, einmal einen Blick durch die Scheibe nach draussen in Richtung Stedtli zu werfen. Hier gibt es keine Bäume, was für einen innerstädtischen Bereich sicher richtig ist. Auf der anderen Seite hingegen gibt es viele grosse Bäume, was ein sehr wohltuendes Bild abgibt. Bäume sind wichtig, sie prägen die Landschaft, Dörfer und Städte. Dem dürfte auch Rolf Blatter nicht widersprechen. Bäume sind Thema in ganz vielen Liedern, Gedichten und Büchern. Im Kunstmuseum hängen Serien mit Bildern von Bäumen. Wer ist nicht schon einmal – zumal in seinen jüngeren Jahren – auf einen Baum geklettert? Gerade im Frühling ist es eine wunderschöne Nebenbeschäftigung, von einem Strassencafé aus zuzusehen, wie Vögel ihre Nester bauen. Die grossen Bäume gehören zum Menschen und Menschsein dazu. Das mag als Einführung romantisch klingen, die Votantin ist aber sicher, dass ein Gedanke an einen Baum solche und ähnliche Empfindungen in uns auslöst. Am 25. April fand der Tag des Baumes statt, der auf das Jahr 1872 zurückgeht, als der Amerikaner Julius Sterling Morton eine «arbor day resolution» beantragt hatte, dem sich innert 20 Jahren sämtliche Bundesstaaten der USA anschlossen. 1951 beschlossen dann auch die Vereinten Nationen, den «arbor day» im April zu begehen, der auch in der Schweiz ein wichtiger Termin geworden ist. Basel-Stadt z. B. nutzte den «Tag des Baums» für eine Publikation mit dem Titel «Basel und seine Bäume» und es wurde eine Rotbuche gepflanzt. Als die Votantin vor etwa 20 Jahren als Gemeinderätin in Oberwil für die Renovation des 100-jährigen Wehrlin-Schulhauses zuständig war, konnte sie verhindern, dass die schöne, grosse, alte Rotbuche gefällt wurde, weil die Architekten fanden, ihr Bau würde ohne sie besser zur Geltung kommen und dem Hauswart die Arbeit erleichtern. Damals konnte dank dem Einsatz des Gemeinderats der Baum gerettet werden, der heute noch steht. Die Votantin ist überzeugt, dass in der Bevölkerung ein verändertes Bewusstsein gegenüber grossen Bäumen vorhanden ist und sie sich

wünscht, dass sie auch weiterhin Schatten spenden können – einem Schulhaus, aber auch dem angrenzenden Strassenraum.

Diese grossen Bäume, von denen die Rede ist, stehen vor allem im öffentlichen Raum, sind aber auch auf Privatparzellen zu finden. Es ist nicht ganz nachvollziehbar, dass Rolf Blatter noch nicht gesehen hat, was in den Dörfern geschieht, wenn in den Quartieren alte Villen abgerissen werden und das Grundstück parzelliert wird – denn dann verschwinden die grossen Bäume. Werden die kleineren Parzellen überbaut, gibt es keinen Platz mehr für sie, weil die vorgeschriebenen Abstände eine Pflanzung nur noch auf der Parzellengrenze zulassen würden, was natürlich nicht getan wird. Die Votantin ist deshalb froh, dass der Regierungsrat bereit ist, ihren Vorstoss entgegenzunehmen und prüfen zu lassen, ob in den bestehenden gesetzlichen Grundlagen eine Möglichkeit zur Korrektur vorhanden wäre, damit auch unsere Enkel, mitten im Siedlungsraum, ganz grosse Bäume bestaunen können, auf deren Äste die Vögel ihre Nester bauen.

Im Oberwiler Hallenrain steht entlang einer Parzelle, nah am Trottoir, ein grosser Baum. Wenn es im Sommer heiss ist und man nicht im klimatisierten Auto vorüberfährt, sondern zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs ist, freut man sich über den gespendeten Schatten, im Gegensatz zum modernen Haus weiter vorne, wo ein paar nette Sträucher stehen, die diesen Schutz nicht zu bieten haben. Solche Beispiele machen ersichtlich, wie sich die Situation langsam verändert.

Den eigentlichen Anstoss für ihr Postulat gaben Leute aus der Immobilien- und Baubranche, die sie darauf aufmerksam machten, dass je länger je mehr die grossen Bäume aus dem Siedlungsraum verschwinden, weil sie im Kanton mit den hiesigen Vorschriften Mühe haben. Die Postulantin freut sich über die grosse parteiübergreifende Unterstützung und hofft nun, dass der Vorstoss überwiesen wird.

In der Tat, so **Markus Graf** (SVP), wachsen Bäume nicht nur in Wald und Flur, auch im eigenen Garten hat der Baum eine lange Tradition. Ursprünglich wurden sie hier gegen die Hitze gepflanzt, aber auch als Blitzableiter. Je nach dem diente er als Nahrungsquelle. Aus diesem Grund sieht man heute noch vor allem bei alten Häusern solch grosse Bäume stehen. Die Zeiten haben sich aber leider geändert und Klimaanlage ersetzen den Baum, als Blitzableiter gibt es gesetzlich verordneten Kupferdraht, und die Früchte werden heute eh beim Grossverteiler gekauft – und sie kommen erst noch aus der ganzen Welt. Dennoch sind die Bäume schön anzusehen. Aber weil sich die Zeiten geändert haben und auch zukünftige Generationen im Siedlungsgebiet Bäume brauchen, muss man sich Gedanken machen, wie es in Zukunft weitergeht. Denn ein Baum benötigt Pflege und kostet Geld. Rolf Blatter hat vorhin auf das Basler Baumschutzgesetz hingewiesen. Auch die SVP-Fraktion hat Respekt vor Zwangspflanzungen, vor der Verletzung des Eigentumsrechts, den enormen Baukosten, die entstehen, wenn man um einen grossen Baum herum bauen muss. Persönlich hat der Votant sehr grosse Sympathien für das Postulat und wird es überweisen, auch wenn die SVP-Fraktion den Vorstoss grossmehrheitlich ablehnen wird.

Thomas Noack (SP) gibt zu bedenken, dass man in Zukunft sehr viel mit der Hitzeentwicklung in den Städten zu tun bekommen werde. Der Votant war an diversen Fachveranstaltungen und die Experten sind sich alle einig, dass die Bäume in Städten und Dörfern ein ganz wesentliches Element darstellen, um in Zukunft einigermassen mit der zunehmenden Hitze umgehen zu können. Dies hat vor allem mit der kühlenden Wirkung des Schattens zu tun, aber auch aufgrund der Verdunstung und dem Sauerstoff, den die Bäume produzieren. Es braucht also mehr Möglichkeiten, Bäume im Siedlungsgebiet zu pflanzen, was mit der heutigen Gesetzgebung ganz schwierig ist. Zum Schluss ein Zitat aus dem eidgenössischen Raumplanungsgesetz: «Die Siedlungen sind nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten und in ihrer Ausdehnung zu begrenzen. Insbesondere sollen (...) Siedlungen viele Grünflächen und Bäume enthalten». Diesen Auftrag sollte man sich zu Herzen nehmen.

Einmal mehr geht es laut **Andreas Dürr** (FDP) um die innere Zerrissenheit der Gesellschaft, insbesondere der Grünen. Sie wollen Bäume, auch die FDP möchte das, man möchte es grün, aber am richtigen Ort, und eigentlich stört der Mensch, also müsste man innerlich verdichten, weil man die Zersiedlung nicht möchte. Dadurch kommt man aber wieder mit den Bäumen ins Gehege, man ist innerlich zerrissen. Und was macht man? Man sorgt dafür, dass die Bäume trotzdem erhalten bleiben, weshalb man anders und teurer bauen muss, was den Wohnungspreis nach oben treibt und die SP auf den Plan ruft, die den teuren Wohnraum beklagt. Trotzdem möchte man wachsen und Menschen aufnehmen, hat aber zuwenig Strom, weshalb es Flusskraftwerke braucht, was wiederum die Fische nicht mögen. Es ist ein richtiges Dilemma, in dem sich aber nicht nur die Grünen und die SP befinden, sondern auch die FDP hängt mit drin und versteht es.

Erst meinte Andreas Dürr, im Vorstoss von Lotti Stokar einen Lichtblick zu erhaschen, weil sie den Grenzabstand zu den Bäumen verringern und somit das Bauen erleichtern möchte. Als er nun aber ihre und Thomas Noacks Voten gehört hat, ist er nicht mehr sicher, ob es tatsächlich in diese Richtung geht – oder nicht vielmehr in Richtung Baumschutz, womit das Bauen verhindert und verteuert würde, und zwar auf Privatgrund, was ihm ganz und gar nicht gefällt. Aus dem Grund ist der Vorstoss eigentlich gut gemeint, aber schlecht formuliert oder nicht zu Ende gedacht, aber vielleicht kriegt ja auch die Regierung eine gute Lösung hin. Das ist allerdings kaum anzunehmen, weil man ja eben gesellschaftlich zerrissen ist. Aus dem Grund blickt die FDP mit Skepsis auf das wohlgemeinte Anliegen, weil sie Angst hat, dass am Schluss der Baum vor dem Menschen kommt – und vor allem der Baum vor dem Bau. Könnte man den Baum *mit* dem Bau realisieren, sähe es womöglich anders aus, sofern man akzeptiert, dass es dann halt etwas teurer wird... Mit anderen Worten: Ein schwieriges Thema. Der Votant würde deshalb von der Postulantin gerne wissen, um was es ihr geht: Baum vor Bau, Baum mit Bau, Baum ohne Bau oder nur Baum?

Florian Spiegel (SVP) ist zum Thema Baum eine Geschichte in den Sinn gekommen, die er dem Regierungsrat gerne auf den Weg geben möchte. Ein Freund aus der Ostschweiz, Jurist und Anwalt bei einem grossen Basler Pharmaunternehmen, hat die Bauarbeiten der Firma begleitet. Eines seiner ersten Aufträge war es, in der Stadt in einem Hinterhof den Bau eines Gebäudes zu begleiten. Im Hinterhof standen Bäume, und sein Freund rief in seinem jugendlichen Leichtsinn auf der Bauverwaltung an und wollte die Bäume fällen lassen. Das führte zu einem riesigen Aufschrei und rief Leute von der Stadtgärtnerei, vom Heimatschutz, vom Amt für Umwelt und ein Vogelkundler auf den Plan. Daraus wurde ein Langzeitprojekt und es wurde akribisch festgehalten, welche Vögel es dort gibt, welche Pflanzen im Umfeld wachsen und so weiter. Als Folge davon war er nur noch mit diesem Baum beschäftigt. Als die Sache schliesslich erledigt war, sagte er sich, dass er daraus immerhin etwas gelernt hat und ihm sowas nie wieder passieren würde. Schliesslich musste er für dieselbe Firma in einer Aargauer Gemeinde einen ähnlichen Bau realisieren, war nun aber entsprechend vorbereitet. Er traf also die ganzen Abklärungen selber, gleiste alles auf und dokumentierte die Situation säuberlich. Daraufhin meldete er sich bei der dortigen Bauverwaltung und wollte am Telefon alles ausführlich erklären. Nach einer Minute fiel ihm die Frau am Telefon ins Wort und sagte: Das sei nicht der richtige Ort, um eine Kettensäge zu bestellen, aber sie könne ihn gerne mit dem Werkhof verbinden. *[Gelächter]*

Mit dieser Geschichte wollte Florian Spiegel nur darauf hinweisen, dass egal, wie die Überweisung ausgeht, es wichtig ist, dass man mit Augenmass unterwegs ist.

Thomas Eugster (FDP) ist das von Florian Spiegel genannte Beispiel ebenfalls bekannt. Bäume sind wichtig, aber man muss auch realistisch sein, denn es gibt in Gottes Namen nun mal die vom Stimmvolk gewollte Verdichtung, die im Wesentlichen dazu führt, dass Grünraum wegfällt. Das ist Fakt, so ist die Gesetzeslage. Natürlich kann man nun mit Grenzabständen arbeiten, aber am Ende – weil es auch um das Eigentumsrecht, die Pflege und die Nachbarschaft geht – muss man immer auch miteinander reden. Der Votant hat bei sich zuhause praktisch auf der Parzellengrenze

Bäume gepflanzt. Das war möglich, weil man mit den Nachbarn geredet hat. In der Nähe zur Strasse braucht es aus Sicherheitsgründen mehr Abstand, denn aufgrund vermehrter Windereignisse könnten die Äste auf die Strasse fallen usw. Es gibt also verschiedene Faktoren, die berücksichtigt werden müssen. Wenn der Vorstoss überwiesen wird, wird das nicht dazu führen, dass in der Gemeinde ein Wald wächst. Am meisten erreicht man, wenn die Grundeigentümer miteinander reden und einvernehmliche Lösungen finden. Zwischen den Parzellen gibt es meistens Möglichkeiten, worauf man gemeinsam hinarbeiten muss.

Auch bei **Sven Inäbnit** (FDP) wachsen die Bäume für diesen Vorstoss nicht in den Himmel. Vor allem ein Aspekt scheint ihm dabei betrachtenswert. Lange Jahre war er im Kreis Binningen/Bottmingen Friedensrichter und musste unzählige Nachbarschaftsstreitigkeiten bearbeiten, wobei es teilweise um Sträucher, meist aber um Bäume ging. Es geht in die von Thomas Eugster angesprochene Richtung: Die Siedlungsräume sind verdichtet, alle möchten Bäume, aber sie sollen sie nicht stören. In den Nachbarschaftsverhältnissen ist das ein Dauerthema. Auf der einen Seite wünscht sich der Votant einen Baumbestand, nur stellt sich die Frage, wo die Bäume stehen sollen. Sind hohe Waldbäume in engeren Siedlungsgebieten heute noch gerechtfertigt? Falls der Vorstoss überwiesen wird, würde er gerne den Aspekt einbringen, dass bei der Prüfung überlegt wird, ob sich die von Thomas Eugster angesprochenen Absprachen nicht verbindlicher regeln lassen und alle Grundeigentümer verpflichtet werden, eine Regelung zu finden, weil sonst der Konflikt vorprogrammiert ist.

Auf der einen Seite gibt es rücksichtslose Nachbarn, die überhaupt nicht auf die Bedürfnisse der anderen eingehen, auf der anderen Seite gibt es überempfindliche Nachbarn, die wegen einem fallenden Eichenblatt schon eine Krise bekommen. Es wäre deshalb hilfreich, darauf acht zu geben, mögliche Konflikte vorbereitend auszuräumen. Leider reicht dazu eine Absprache nicht in jedem Fall, es braucht vielmehr eine rechtlich verbindliche Regelung, denn sonst ist das eine Quelle ewiger Konflikte. Auf diese Weise wäre die Akzeptanz für Baumpflanzungen grösser.

Rolf Blatter (FDP) ist in einem grossen Haus mit Garten aufgewachsen, wo er als Kind auch auf den Kirschbaum klettern durfte. Das macht wahnsinnig viel Spass. Als seine Buben auf die Welt kamen, setzte er eine Tanne und einen Kirschbaum, ein riesiges Möbel mit einer enormen Fracht. Das ist toll – aber alles hat seine Zeit und seinen Platz. Wenn es die Allgemeinheit nicht stört, ist es okay. Wenn man aber mitten auf der Strasse einen Baum pflanzt, geht das nicht. Marco Agostini fährt manchmal bei ihm am Brüelweg in Aesch vorbei, dort gibt es zwei mit Bäumchen bepflanzte Verkehrsinseln. Es nimmt ihn Wunder, wie lange es dauert, bis er in einen davon reinscheppert. Wenn man auf dieser abschüssigen Strasse mal einen Moment lang nicht konzentriert ist, kann das passieren. Letztlich ist es ein «trade off» zwischen einer höheren Nutzung pro Quadratmeter und dem Wunsch nach Bäumen. Thomas Noack hat das RBG zitiert, wonach die Siedlungen nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten seien. Im RBG sind aber auch Nutzung, Grenzabstände, Baurechte geregelt, denen man sich nicht entziehen kann. Deshalb kann die FDP-Fraktion nicht hinter dem Postulat stehen und lehnt es ab.

Alles hat seine Zeit. Zufälligerweise stiess **Linard Candreia** (SP) letzthin auf einen sehr spannenden Schweizer Politiker, den die FDP-Leute vielleicht vom Hörensagen kennen: Armin Meili, 1892-1981, Nationalrat der FDP von 1939-1955, Architekt, Oberst, Ehrendoktor und so weiter. Dieser Meili hat etwas sehr gut auf den Punkt gebracht: «Für mich und viele Gleichdenkende ist die liederliche Versteinerung unseres Landes eines der grössten Sorgen, denn sie bleibt Versteinerung». Bezogen auf die Debatte heute heisst das: Man ist in der Versteinerung, im Beton-Zeitalter, angekommen. Alle reden vom Verdichten, aber der Baum tut gut in dieser Zeit.

Pascal Ryf (Die Mitte) sieht, dass Bäume ein emotionales Thema sind und alle dazu ein privates Geschichtchen auf Lager haben. Lotti Stokar hat vom wunderschönen Baum an der Hallenstrasse in Oberwil erzählt. Dazu noch etwas: An der Ecke, wo heute der Neubau steht, stand einst eine wunderschöne Trauerweide, die leider gefällt wurde. In seinem jugendlichen Leichtsinn wollte er einst darauf Tarzan spielen – und fiel runter.

Zur Sache: Die Mitte/glp-Fraktion unterstützt das Postulat. Es wurde heute mehrfach die Lesekompetenz angesprochen und geraten, man möge doch lesen, was im Vorstoss steht. Im Text steht: «Gleichzeitig und vordringlich soll nun auch der Kanton aufzeigen, mit welchen Massnahmen auf kantonaler und kommunaler Ebene grosse Bäume im Siedlungsgebiet erhalten und gefördert werden können». Es steht dort nichts von Bauschutz. Der Vergleich mit Basel-Stadt ist nicht wirklich sinnvoll, denn in Basel ist es so gut wie nicht möglich, Bäume zu fällen, während es in Baselland doch etwas einfacher ist. Zudem machen grosse Baumbestände für das Mikroklima durchaus Sinn. Der Votant darf in einem Gebiet mit relativ viel grossen Bäumen wohnen. Da ständig irgendwo ein Haus abgerissen wird, werden auch die Bäume gefällt. Es wäre aber sehr wünschenswert, wenn gewisse Bäume erhalten bleiben könnten. Es geht nicht um einen verpflichtenden Baumschutz, der in das Eigentumsrecht eingreift, sondern um einen, der das Setzen von Bäumen ermöglicht. Und deshalb wird das Postulat unterstützt.

Hanspeter Weibel (SVP) hat ebenfalls eine private Baumgeschichte zu erzählen. Vor 20 Jahren wurde eine Erweiterung für den Verwaltungsbau geplant, in dessen Hof etwa 5 Bäume standen. Es gingen sage und schreibe 5 Jahre ins Land, bis das Bundesgericht festgestellt hatte, dass es sich dabei nicht, wie behauptet, um einen Wald handelt. Somit konnten die Bäume gefällt werden. Hier ist meist die Rede von nur einem Baum. Sobald aber mehrere beieinanderstehen, läuft man Gefahr, dass sie als Wald erkannt werden.

Kernpunkt des bäumigen Postulats ist, dass der Regierungsrat prüfen soll, mit welchen Möglichkeiten man das Eigentumsrecht einschränken und Einfluss nehmen kann auf das, was der Eigentümer auf seinem Grundstück bauen darf. Wenn mit dem Postulat nun der Regierungsrat beauftragt wird, zu prüfen, mit welchen gesetzlichen Möglichkeiten er in das Eigentumsrecht eingreifen kann – was Lotti Stokar vorhin in ihrem Votum gesagt hatte – dann muss die Antwort lauten: Nein, das kann es nicht sein.

Vielleicht hockt **Susanne Strub** (SVP) einfach auf der richtigen Seite, denn wenn sie aus dem Fenster schaut, blickt sie auf wunderbare Bäume draussen, während die andere Seite ins Stedtl schaut. Es handelt sich um einen wohlgemeinten Vorstoss, man könnte fast darauf reinfallen – so wie Markus Graf. Sie möchte aber davor warnen, dass alte Bäume geschützt werden. Die Bäume, die hinter dem Regierungsgebäude stehen, können nicht ohne Weiteres mit der Motorsäge umgemacht werden. Bäume werden aber älter, wie die Menschen auch. Ist ein Baum geschützt, wird er um jeden Preis erhalten, am Schluss kommt der Baumdoktor und stützt ihn mit Seilen ab, so dass man nicht mal mehr darunter sitzen darf, aus lauter Angst, dass einem ein Ast auf die Rübe fällt. Hat der Baum aber sein Ablaufdatum erreicht, soll man ihn fällen und einen neuen setzen können.

Es wurde die Hitze ins Feld geführt. Wer sagt, dass in 30 Jahren ein Kastanienbaum noch der richtige Baum ist, wenn die Temperaturen immer mehr zunehmen? Wenn es schon der Menschheit nicht mehr wohl ist, ist es dem Bau vielleicht auch nicht mehr wohl und er geht ein. Dann muss man die Möglichkeit haben, ihn umzumachen und einen anderen Baum zu setzen. Deshalb lehnt die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion das Postulat ab.

Thomas Noack (SP) fragt sich, ob alle dieselbe Vorlage gelesen haben. Im Vorstoss geht es um Grenzabstandsvorschriften, die im Moment das Pflanzen von Bäumen relativ nahe an der Grenze verhindern. An dem Gesetz könnte der Landrat, wenn er es gut macht, etwas ändern. Das, und

nur das, ist das Thema des Vorstosses, es geht nicht um den Schutz von alten Bäumen. Der Votant bittet, doch etwas sachlicher zu bleiben und über den Inhalt des Vorstosses zu diskutieren. Dieser ist unbedingt zur Annahme zu empfehlen, da es sich um ein sehr wichtiges Thema handelt. Sven Inäbnit hat gesagt, dass es dazu ganz viele Fragen gebe. In der Tat ist es kein einfaches Thema, Nachbarschaften sind immer schwierig. Es lässt sich auch nicht immer dadurch lösen, dass man miteinander redet. Aber man könnte vielleicht als Gesetzgeber gescheite Lösungen finden. Mit dem Postulat wird der Regierungsrat gebeten, dies abzuklären.

Nach dem lustigen Verwirrspiel um Bäume und Häuser und den interessanten Anekdoten, möchte **Regula Waldner** (Grüne) hervorheben, dass es bei dieser Frage letztlich um Lebensqualität geht. Es gibt zwei Situationen, die sich anschauen liessen, nämlich dass man sich zum einen über die Grenzabstände zum Nachbarn Gedanken macht, wobei wichtig ist, Konfliktlösungs- und Kommunikationsstrategien zu finden. Bei den Grenzabständen zum Strassenraum jedoch ist gesetzgeberischer Spielraum gegeben, v.a. dann, wenn die Gemeinden selber ihren angrenzenden Fussgängerbereich begegnungsfreundlich und klimaangepasst gestalten möchten. Im Moment können sie das nicht so ohne Weiteres tun. Es gibt also zwei Seiten, die man berücksichtigen müsste. Ein Wort noch zur Erhöhung der Ausnutzungsziffer, die dem Anliegen überhaupt nicht widerspricht, denn es gibt immer eine Restfläche auf einer Parzelle, die sich meistens irgendwo an der Grenze befindet. Und genau dort sollte es auch möglich sein, einen Baum zu pflanzen, der mehr als nur zwei Jahre alt wird.

Lotti Stokar (Grüne) glaubt, dass sich eine Antwort an Andi Dürr erübrigt. Wenn man liest, was in ihrem Vorstoss geschrieben steht, sieht man, dass es um genau das geht, was Regula Waldner eben ausgeführt hatte. Es geht um die zwei Vorschriften über Abstände, die in der kantonalen Gesetzgebung festgehalten sind. Es geht nicht um Baumschutz, der das Fällen von Bäumen verunmöglicht und auch nicht um irgendwelche Enteignungen von Grundeigentümern. Es geht lediglich darum, ob das Parlament und der Kanton etwas tun können, was von der Baubranche, die mit der geltenden Gesetzgebung Probleme bekundet, selber erwünscht ist. Sie möchten, dass es attraktiv ist, im Siedlungsgebiet zu wohnen, dass es in einer klimaveränderten Umgebung genug Schatten gibt und eine von der Raumplanung vorgegebene Bepflanzung möglich ist. Das ist nicht scheinheilig, obwohl das Wort schon länger nicht mehr gefallen ist. Dennoch ist in gewissen Voten die Vermutung durchgedrungen, es gehe ihr gar nicht um das, was in ihrem Vorstoss geschrieben steht, sondern sie würde auf ein dahinterliegendes Ziel hinarbeiten. Dem ist nicht so.

Klaus Kirchmayr (Grüne) hat etwas Mühe damit, die andere Seite zu verstehen. Normalerweise ist klar, weshalb sie etwas verhindern möchte. In dem Fall versteht er es aber wirklich nicht. Es geht nicht um ein Verbot oder eine Einschränkung, sondern um eine Erweiterung des Spielraums für die Grundeigentümer. Um mehr Flexibilität, um Grenzabstände. Im Vorstoss sind die einschlägigen Vorschriften inklusive Paragrafennummer klar dargestellt. Um das zu prüfen geht es, um nichts Anderes. Psychologischen Ferndiagnosen über den Zustand der Grünen oder der SP sind kein wertstiftender Beitrag zum Thema. Es geht nur darum, zu prüfen, ob sich die Grenzabstände allenfalls flexibilisieren lassen, um die sinnvollen Bäume im Siedlungsgebiete unter Umständen eher zu erhalten. Dies zu prüfen ist anspruchsvoll, denn es gibt rechtliche und technische Fragen anzuschauen. Die Sache mit dem Baumschutzgesetz ist reine Phantasie. Der Votant bittet um Überweisung des Postulats.

Dominique Erhart (SVP) gehört zur Minderheit der SVP, der in die von Susanne Strub ausgemachte Falle gelaufen ist. Er ist aber nicht reingelaufen, sondern hat den Vorstoss von Lotti Stokar einfach genau gelesen. Es geht darin um Bauen mit Baum, nicht um das Initiieren eines Baumschutzgesetzes, wo es abschreckende Beispiele aus dem Kanton Basel-Stadt gibt. Es geht darum,

dass im EG ZGB die Grenzabstände geregelt sind, die zum Teil massgeblich mit den Gebäudeabständen kollidieren. Lotti Stokar wollte den Regierungsrat auffordern, zu prüfen und berichten, ob man über diese Grenzabstände nachdenken könnte. Es geht auch nicht um einen Schutz von alten Bäumen oder um das Schaffen von Basler Verhältnissen, sondern darum, zu ermöglichen, dass vielleicht auch mal grössere Bäume im Siedlungsraum gesetzt werden können. Dies selbstverständlich unter Berücksichtigung nachbarschaftlicher Bedürfnisse und der Wahrung aller Eigentumsrechte. Bäume sind für den Votanten wichtige Zeitzeugen, weshalb er den Vorstoss unterstützt.

Robert Vogt (FDP) weist die Unterstellung zurück, seine Seite würde das Postulat nicht richtig verstehen. Lotti Stokar hat am Schluss ihres Postulats geschrieben: «Gleichzeitig und vordringlich soll nun aber auch der Kanton aufzeigen, mit welchen Massnahmen auf kantonaler und kommunaler Ebene grosse Bäume im Siedlungsgebiet erhalten und gefördert werden können». Das schreit geradezu nach einem Gesetz.

://: Mit 53:23 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.
